

# Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus

Franz Barwich

1922

Als am 9. November 1918 die Arbeiter und Soldaten in geschlossener Einmütigkeit die deutschen Machthaber gestürzt und damit deren politische Gewalt zerstört und anderen in die Hände gespielt hatten, wußte das Volk nichts weiter anzufangen. Es setzte zwar überall Soldaten- und Arbeiterräte ein, duldete es aber, daß sich daneben gleichzeitig eine Anzahl von sozialdemokratischen »Führern« als Zentralregierungen unter den verschiedensten Firmierungen, wie Zentralregierung, Zentralrat, Vollzugsrat usw. etablierten. Es konnte auch gar nicht anders kommen! War doch die deutsche Arbeiterschaft planmäßig gedrillt in dem Glauben, daß alle politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen durch »Führer« vorgenommen werden müßten. Man war froh, jetzt das Ziel, die Eroberung der politischen Macht, erreicht zu haben, und glaubte nun, nach dem Sprichwort: »Doppelt hält gut«, seine Schuldigkeit getan zu haben. Von einer Seite der gewählten Vertreter würde wohl nun sicher das Heil kommen, entweder von den »Räten« unten, oder von der »Revolutionären Regierung« oben. Inzwischen haben wir es erlebt, daß die sozialdemokratische Regierung nicht revolutionär, sondern reaktionär ist, daß die Räte zunächst nicht wußten, was sie mit ihrer Macht anfangen sollten. Später gaben die Räte dann z.T. selbst ihre Machtbefugnisse auf, die Reste wurden ihnen durch die Zentralinstanzen entzogen.

Das Volk ließ dies alles geschehen, obgleich es in der ersten Zeit noch die Macht gehabt hätte, seinen Willen durchzusetzen. Verwunderlich ist dieses Verhalten des deutschen Volkes nicht, stand es doch gänzlich unvorbereitet den Ereignissen gegenüber. Obwohl von einigen Heißspornen in der »Partei« zuweilen noch revolutionäre Töne angeschlagen wurden, war die Mehrheit durch die Praxis völlig zu bürgerlichem Philistertum herabgesunken, nicht zuletzt dank der Taktik der Zentralverbände. Man nannte sich Sozialdemokrat, glaubte an das sichere spätere Kommen des Zukunftsstaates, von dem man sich allerdings gar keine oder die kunterbuntesten Vorstellungen machte; es war aber grundsätzlich verpönt, darüber zu sprechen, was man unter Sozialismus oder Sozialisierung zu verstehen habe. So konnten die deutschen Arbeiter natürlich nicht daran denken, daß es in der Revolution gerade und nur ihre Hauptaufgabe sein müßte, nach dem Zusammenbruch der politischen Gewalt die wirtschaftliche Macht zu ergreifen. So verblieb der Privatkapitalismus unangetastet, die sozialdemokratische Regierung versuchte mit Hilfe des bürgerlichen Parlamentarismus die zerrüttete Wirtschaft wieder aufzurichten. Da dies eine Unmöglichkeit ist, mußte das Chaos immer größer werden. Unter diesen Wirkungen hat nun zwar allgemein eine starke oberflächliche Entwicklung der gesamten Arbeiterschaft nach links stattgefunden, aber trotzdem ist sich die übergroße Mehrheit auch heute noch nicht klar über den Weg und das Ziel der unumgänglich notwendigen Sozialisierung. Die alte und die neu hinzugekommenen sozialdemokratischen Parteien gebärden sich mehr oder minder »radikal«, erschöpfen sich aber darin, Parteistimmenfang zu treiben, mit Schlagwörtern (wie Räte-System, Räte-Regierung, alle Macht den Arbeiter- und Soldaten-Räten usw.) und gegenseitigen Schimpfereien zu arbeiten, ohne aber ihre Mitglieder geistig aufzuklären und einen gangbaren Weg zu weisen. Bis jetzt liefen alle Vorschläge dieser Staatssozialisten und Staatskommunisten darauf hinaus, lediglich das Pri-

---

<sup>1</sup> gemeint ist die (Mehrheits-)Sozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD), der (inoffizielle) Name der SPD-Mehrheit nach der Parteispaltung 1917.

<sup>2</sup> gemeint ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die 1917 von den Kriegsgegnern in der alten SPD gegründet wurde, nachdem die Parteimehrheit die Opposition aus der Organisation herausgedrängt hatte. 1920 vereinigte sich der ‚linke‘ Flügel mit der KPD (Spartakusbund), während die Rest-USPD 1922 mit der MSPD zusammenging.

<sup>3</sup> Siehe etwa Karl Kautsky, Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm, Berlin 1919 (ohne Verlagsangabe), S. 9; 12

Karl Kautsky (1854 – 1938), führender Theoretiker und Marx-Interpret der deutschen wie internationalen Sozialdemokratie bis zum 1. Weltkrieg; 1917 bis 1922 USPD, dann wieder SPD.

vatkapital zugunsten eines Staatskapitalismus zu beseitigen, wobei Profit- und Lohnsystem aufrecht erhalten werden sollen.

Nach den Vorschlägen vieler Vertreter der Mehrheitssozialisten<sup>1</sup> und Unabhängigen<sup>2</sup>, einschließlich Kautsky<sup>3</sup>, sollen den Unternehmern die Betriebe abgekauft werden. Ursprünglich hieß es, bloß zu Preisen, die ungefähr der letzten Friedenszeit entsprechen sollen. Bei der Verstaatlichung der Ilseder Hütte (von der man aber inzwischen wieder Abstand genommen hat), wollte man aber den Aktionären für das investierte Kapital von 21 Millionen rund 67½ Millionen bezahlen. Es ist aber nicht mehr wie billig, daß die Besitzenden keine Entschädigungen bekommen. Leider ist es nicht möglich, ihnen die genossenen Vorteile aus den Privilegien wieder abzunehmen, da sie schon verbraucht sind. Aber das wäre eigentlich erst gerecht. Bei einer wirklichen Sozialisierung kann es aber keine Entschädigung geben, weil es keine Rente und keine Lohnsklaverei mehr gibt, weil die Klassen aufgehoben sind, mithin kann es auch keine Nutznießer mehr geben.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände der zentralverbändlerischen Gewerkschaften<sup>4</sup> am 25. April 1919 hat den politischen Parteien die Marschroute vorgeschrieben; wie sie sich die Sozialisierung denken, geht aus dem Punkt 5 der Richtlinien hervor, die folgendermaßen lauten:

»Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Verschulden Erwerbslosen. In dem Masse der Verwirklichung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen abgebaut werden.«

Das ist eine glatte Verfälschung des Begriffes Sozialismus. Der Gegensatz zwischen »Arbeitnehmer« und Betriebsleitung, Gemeinde und Staat soll bestehen bleiben. Statt den »vollen Ertrag unserer Arbeit« sollen wir eine ausreichende Fürsorge, und zwar für die nach Ansicht unserer Herren »Führer« Bedürftigen bekommen. Von seiten des Herrn Ballod<sup>5</sup> von der U.S.P.D. wurde in einem Artikel in der »Freiheit«<sup>6</sup> angekündigt, daß in dem »sozialdemokratischen Staat« natürlich für alle Männer ein mehrjähriges Arbeitspflichtgesetz eingeführt würde. Diejenigen jungen Leute, die sich freiwillig zum Heeresdienst melden würden, sollten gegen eine dreimonatliche Militärdienstzeit von diesem Arbeitszwang befreit sein. Auf diese Art will man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Auch andere Staatssozialisten kommen zu ähnlichen Vorschlägen. So Vorreiter in seiner Broschüre »Atlanticus oder Spartakus«<sup>7</sup>. In anschaulicher Weise schildert dieser, wie die Reglementierung das ganze wirtschaftliche Leben umfassen würde. Jedermann, auch die Frauen, würden auf 6 – 8 Jahre in Arbeitsheere eingereiht werden, in denen natürlich niemand streiken darf, dafür aber das Taylor-System<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> gemeint sind vor allem die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bund (ADGB) – bis 1919 Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands – organisierten, der Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaften.

<sup>5</sup> Carl Ballod (eigentlich Karlis Balodis, 1864 – 1931); geboren in Litauen; bis 1919 Professor für Statistik in Berlin, gehörte der vom Rat der Volksbeauftragten im Dezember 1918 eingerichteten Sozialisierungskommission (unter dem Vorsitz von Kautsky) bis zu ihrer Selbstauflösung Anfang April 1919 an; stand der USPD nahe. Seit 1919 Professor an der Universität von Litauen in Riga, 1929 – 1931 Abgeordneter des Litauischen Parlaments für die Demokratische Union.

<sup>6</sup> »Die Freiheit, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«; erschien als Tageszeitung von 1918 bis 1922.

<sup>7</sup> Ansbert Vorreiter, Atlanticus oder Spartakus? Deutschlands Zukunft. Berlin-Nikolassee 1919 (Selbstverlag).

<sup>8</sup> Der US-Ingenieur Frederick Winslow Taylor entwickelte im Jahrzehnt vor dem 1. Weltkrieg ein »System der wissenschaftlichen Betriebsführung«, das der russische Sozialdemokrat W. I. Uljanow (besser bekannt unter seinem Pseudonym

zur planmäßigen Anwendung gelangt. Männer dürfen mit 25 Jahren, Frauen mit 21 Jahren heiraten. In diesem Arbeitsheer gäbe es Kapitulant, die natürlich wie Beamte, besoldet würden, ähnlich den Feldwebeln bei den Preußen. Die Staatszeitung dient dem Zwecke, alle Staatsbürger mit dem leitenden Gedanken der Regierung bekannt zu machen, sie also gewissermaßen im Sinne der Regierung zu beeinflussen. Beeinflussung von anderer Seite, die dem Staatsgedanken schädlich sein könnte, wird unmöglich gemacht. Für die zur Sozialisierung noch nicht »reifen Mittel- und Kleinbetriebe« soll eine Drittelung des Ertrages Platz greifen: 1/3 für das Kapital, 1/3 für den Staat, 1/3 für die Arbeit. – Daß der Staatskommunismus genau eben so volksfeindlich vorgehen muß, ist uns durch die Räte-Regierung in Ungarn bewiesen worden. Diese hatte die Todesstrafe angedroht für Sozialisierungsversuche durch die Arbeiter selbst. Ebenso wurden in Ungarn Arbeiter von ihren Arbeitsbrüdern fusiliert, wenn sie sich weigerten, an dem Kriege teilzunehmen. Verlängerte Arbeitszeit bei Arbeitszwang hatte dieser Parteikommunismus den Arbeitern eingebracht, so daß sich keine Hand für denselben rührte, als er zusammenbrach.

Herr Ballod hat auch ein ausführliches Buch über den »sozialistischen Zukunftsstaat«<sup>9</sup> geschrieben. Aus demselben ist die unglaubliche Kompliziertheit dieses Systems ersichtlich; die Gesellschaft soll zu einer gigantischen Rechenmaschine ausgebaut, warmes organisches Leben soll zu kalter mechanischer Bewegung erstickt werden. Auf Pfennig und Sekunde wird alles gesellschaftliche Tun und Lassen statistisch reglementiert, der Überschuß der Arbeit der ganzen Gesellschaft aus einem großen Topf verteilt an Staat, Betriebe, Erwerbsunfähige oder Erwerbslose und die Arbeiter. So sieht also der Sozialismus dieser Parteien aus. Was aber auf der anderen Seite für Vorteile für die Arbeiter her aus springen würden, hat der »Vorwärts«<sup>10</sup> in einem Artikel verraten, in welchem er sagt, daß die Arbeiter nicht etwa annehmen sollten, daß sie sich nach der Verstaatlichung wesentlich besser stehen würden. Auch nach der Sozialisierung könnten nicht zu hohe Löhne gezahlt werden, da sonst die Unternehmen die notwendigen Überschüsse nicht erzielen könnten. Auch Kautsky sagt in seinem famosen Programm dasselbe. Es sei zwecklos, ja schädlich, wenn die Arbeiter in sozialisierten Betrieben hohe Löhne bezögen, denn dann müßten sie um so höhere Steuern entrichten. Die Unternehmer würden bei dieser Art »Sozialisierung« dagegen nicht schlecht fahren. Erklärt doch das »Berliner Tageblatt«, das fachmännische Organ für Profitinteressen:

»Im Bergbau, der augenblicklich im Mittelpunkt dieser Ideen steht, wäre die Verstaatlichung des Besitzes nichts anderes als die ökonomisch gänzlich unmotivierte Umwandlung einer nur mäßig gesicherten privaten Rente der gegenwärtigen Besitzer in eine vollgesicherte Rente öffentlichen Charakters. Sie wäre deren Garantierung für alle Zeit, ein glattes Geschäft an die heutigen Monopolisten. Und das zudem in einem Augenblick, wo diese Rente vermöge der wachsenden Abbauschwierigkeiten die natürliche Tendenz hat, zu sinken.«

Es ist also offenkundig, die ganze Verstaatlichung ist ein großartig angelegter Schwindel. Jede Regierung, mag sie sich nennen, wie sie will, muß zentralistisch sein. Der Zentralismus ist aber ein Pfeiler des Kapitalismus, er entrechtet die Massen. Eine »Regierung« kann nie revolutionär sein, sondern muß immer reaktionär wirken. Die gesamte Tätigkeit der »sozialdemokratischen« Regierung seit dem 9. November hat sich darin erschöpft, die Errungenschaften der Revolution abzubauen und illusorisch zu machen.

---

Lenin) zutreffend als »Versklavung des Menschen durch die Maschine« und ein »wissenschaftliches System zur Schweißauspression« charakterisierte (siehe Lenin Werke, Bd. 20, S. 145 – 147 & Lenin Werke, Bd. 18, S. 588 – 589).

<sup>9</sup> Carl Ballod, Der sozialistische Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat, 3. neubearb. Aufl., Stuttgart 1920 (J. H. W. Dietz) – die erste Auflage erschien anonym 1898.

<sup>10</sup> Zentralorgan der SPD, erschien seit 1891 in Berlin.

Der wahre, freie Sozialismus ist nur durch die lebendige Mitarbeit aller möglich, und zwar nur auf föderativer Basis. Nur der Föderalismus garantiert Freiheit und Fortschritt. Darum glauben wir Syndikalisten auch nicht an die Möglichkeit der Durchführung einer wirklichen Sozialisierung auf dem Wege der Dekretierung durch eine zentralistische Regierung. Dadurch können höchstens zwischenzeitliche, staatskapitalistische Formen eingeführt werden. Und die Dekrete werden auch nur befolgt werden, wenn die Massen durch ein entscheidendes Interesse oder gar unerträgliche Not dazu gezwungen werden. Entscheidend ist in jedem Fall die Erkenntnis und der Wille der Massen. Wir wollten deshalb die Erkenntnis verbreiten, wie das Arbeitsvolk sozialisieren muß.

Da gilt es, zwei Fragen zu beantworten: »Was hat der einzelne jetzt und in der Zukunft zu tun?« und »Wie müssen wir die gesellschaftlichen Zustände aufbauen?«

Zunächst müssen wir überall den Glauben zerstören, daß die »Führer« schon wissen werden, was zu tun ist, und daß die Verstaatlichung, wie wir sie ja schon bei der Eisenbahn, Post usw. kennen, Sozialismus sei. Dann müssen wir überall die rechte Art der Sozialisierung bekannt machen und schließlich schon jetzt in den Betrieben diskutieren, auch Kommissionen für die verschiedenartigen Funktionen einsetzen.

Wir wissen aus der Geschichte, und der Verlauf der Revolution lehrt es von neuem, daß eine so radikale Umwälzung, wie die Aufhebung der Eigentumsverhältnisse und des Rentensystems nicht auf dem Wege der Evolution erfolgen kann. Daß es nicht möglich ist, durch Reformen nach und nach die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus zu beseitigen, daß vielmehr umgekehrt die Entwicklung dahin geht, die wirtschaftliche Macht in immer weniger Hände zu konzentrieren, die Ausbeutung der Arbeitsklasse immer mehr zu verschärfen. Mit einem Ruck hat am 9. November 1918 das Volk die Ketten gesprengt, die Entwicklung nachdem geht aber immer mehr rückwärts, mit jeder Stunde nimmt seitdem wieder die Macht der Besitzenden und die Unfreiheit der Massen zu. Es kann auch nicht anders sein. Alle Gesetze, Verfassungen, Verordnungen usw. werden von den Machthabern und ihren Nutznießern gemacht, um Vorteile herauszuschlagen. Das geht so lange, bis den Regierten, Ausgebeuteten die Lasten unerträglich werden, dann zerbrechen sie alle Gesetze und Verfassungen. Es wird so lange rückwärts gehen, bis dem Volke die Unerträglichkeit der Lasten zum Bewußtsein gekommen sein wird. Dann wird es dem Volke klar geworden sein, daß es sich um die wirtschaftliche und nicht um die politische Macht handelt, und wir werden die soziale Revolution haben.

Am Tage der sozialen Revolution, wenn die politische Macht wieder zertrümmert sein wird, darf dann keine neue Regierung irgendeiner Partei eingesetzt oder geduldet werden. Dagegen haben überall die Vertrauensleute der Arbeiter und Angestellten die öffentliche Macht zu übernehmen. Die nächste Aufgabe ist dann, daß in allen Betrieben die Vertrauensleute oder Räte der Arbeiter und Angestellten die Direktoren oder Inhaber absetzen und selbst die Betriebe mit den vorher bestimmten Delegierten besetzen. Es ist zunächst eine genaue Inventur zu machen, festzustellen, wieviel Geld oder andere Werte und wieviel Rohstoffe und Fertigfabrikate vorhanden sind, ferner was in Zukunft in dem Betriebe am besten hergestellt werden könnte, und welche Materialien hierfür benötigt würden. Es liegt auf der Hand, daß diese Arbeiten gewerkschaftlicher Natur sind, daß für alle diese Aufgaben vorher Kommissionen aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten des Betriebes eingesetzt sein müssen, die im Bilde sind und sich die Arbeiten ungefähr eingeteilt haben. Bei richtiger Ein- und Verteilung sind diese Arbeiten selbst in den größten Betrieben in einigen Tagen durchführbar.

Wenn das Resultat der Aufnahmen schriftlich festliegt, wählen die Vertrauensleute (oder Betriebsräte) aus ihrer Mitte einige Delegierte, die den Auftrag bekommen, mit gleichen Delegierten aus dem ganzen Ort zusammenzukommen, um aus den einzelnen Zusammenstellungen der Betriebe eine Generalzusammenstellung für den ganzen Ort zu machen. Auch diese Arbeit ist in wenigen Tagen durch-

führbar. Aus der Mitte dieser Betriebsdelegierten werden dann wieder einige Delegierte bestimmt, die mit den Delegierten für einen größeren Bezirk, Kreis oder Provinz zusammenkommen (Bezirksrat), um dort ebenfalls das Ergebnis zusammenzustellen.

Im übrigen setzt sich die Gruppe von örtlichen Betriebsdelegierten mit dem Gewerkschaftskartell (oder wie man nach französischem Muster besser sagen muß: Arbeiter-Börse, um keine Verwechslung herbeizuführen mit den zentralverbändlerischen Kartellen) für den Ort ins Benehmen. Diese Arbeiter-Börse hat die Funktionen der bürgerlichen Gemeinde übernommen und inzwischen festgestellt, was für Lebensmittel am Orte vorhanden sind, wieviel demnächst gebraucht werden, ebenso welche Bekleidungsstücke, Gebrauchsgegenstände, Wohnungen usw. Von dieser Arbeiter-Börse werden ebenfalls einige Delegierte zu der Bezirkszusammenkunft geschickt, und dort nach Möglichkeit ein Ausgleich zwischen Orten mit Überschuß und anderen mit Bedarf an Lebensmitteln, Bekleidung und Gebrauchsgegenständen herbeigeführt.

Die Delegierten aus den Betrieben und die Arbeiter-Börse bilden nun eine dauernde Institution, einen Kommunal-Rat, um alle gesellschaftlichen Verhältnisse des Ortes zu regeln. Da durch die soziale Revolution alle gesetzlichen Bestimmungen, die früher zum Schutze der kapitalistischen Ausbeutung notwendig waren, hinfällig geworden sind, muß dieser Kommunalrat ganz anders arbeiten, wie die frühere Gemeindeverwaltung. Er setzt einfach für die verschiedenen Tätigkeitsgebiete Kommissionen ein, die frei von allen Paragraphen und Bevormundungen nach bestem Wissen und Können alle Verhältnisse wirtschaftlicher und politischer Natur neu regelt, ohne von irgendwo abhängig zu sein. Diese Kommissionen wirken in ähnlicher Weise wie die Ausschüsse und Kommissionen in unseren Vereinen und Organisationen.

Die Lebensfrage für die neue kommunistische Ordnung ist die Sicherung einer gleichmäßigen und ausreichenden Ernährung für das Volk. Das erste muß daher sein, alle Lebensmittel restlos zu erfassen und gleichmäßig zu verteilen, für rechtzeitige Beschaffung notwendiger Nahrungsmittel zu sorgen. Eine größere Kommission aus zielklaren und energischen Personen hat diese Aufgabe zu lösen. Diese Kommission hat gleichzeitig für Sozialisierung des in Betracht kommenden Grund und Bodens im Ortsbezirk zu sorgen, in welcher Weise dies zu geschehen hat, wird später gesagt.

Weiter müssen zur Linderung der wahrscheinlich großen Lebensmittelschwierigkeiten öffentliche Speiseanstalten von dieser Lebensmittelkommission eingerichtet werden.

Eine Wohnungskommission hat einen Ausgleich der Behausungen für die ganze Bevölkerung durchzuführen, natürlich hat sie hierfür die Mitwirkung aller Bewohner nötig. Zur Mitwirkung wären in erster Linie die Mieter-Vereine berufen.

Eine andere Kommission hat das Schul- und Bildungswesen umzubauen, mit den Lehrern unter Berücksichtigung aller verfügbaren Räume eine Einheitsarbeitsschule zu organisieren für Unterrichtskurse für Jugendliche und Erwachsene zu sorgen und dergl.

Dann ist eine Kommission für Gesundheitspflege einzusetzen, die den ganzen Ort in ärztliche Bezirke teilt unter Mitwirkung der Ärzte und unter Hinzuziehung des heute beschäftigungslosen Ärzteproletariats, und so die ganze Bevölkerung unter dauernde ärztliche Aufsicht bringt. Diese Kommission hat auch für ausreichende Einrichtung von Kranken- und Irrenhäusern, Badeanstalten, Alters- und Invalidenheimen zu sorgen. Die nötigen Räumlichkeiten werden durch Einrichtung von überflüssigen Kirchen, Kasernen, Gefängnissen usw. gewonnen.

Schließlich wäre auch eine Kommission für Verkehrsangelegenheiten, Ortsreinigung und Pflege usw. nötig, und in der ersten Zeit der Unvollkommenheiten auch ein Schlichtungsausschuß zur Regelung von Meinungsdivergenzen.

Der Kommunal-Rat, ebenso wie der Bezirks-Rat und alle anderen Räte, ferner alle Kommissionen bleiben in lebendiger Verbindung mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung, sie können jederzeit von ihren Auftraggebern abberufen und durch andere Personen ersetzt werden, sie bleiben dauernd produktiv Tätige, Gleiche unter Gleichen.

Die Bezirksräte haben neben ihren industriellen Aufgaben auch für die restlose Sozialisierung der Landwirtschaft zu sorgen. Dabei ist natürlich so zu verfahren, daß alle Kleinbauern, Büdner, Kätner und Kleinpächter ihren Grund und Boden zur Bearbeitung und Verwaltung behalten, unter Umständen noch welchen hinzubekommen. Die Enteignung kann sich nur erstrecken auf den Groß- und Mittelgrundbesitz und auf alle öffentlichen Ländereien, die sich im Besitz von Körperschaften, wie Gemeinde, Kreis, Staat, Kirche usw. befinden. Dieser Grund und Boden wird nun den besitzlosen Landarbeitern und den Erwerbslosen aus den Städten zur Verfügung gestellt.

Die Betriebsräte haben ferner alle übrigen Angelegenheiten im Bezirk zu ordnen also den Verkehr, die öffentlichen Wasser- und Landstraßen, unter Umständen auch die im Bezirk vorhandenen industriellen Großbetriebe, wie Elektrizitätswerk usw. Für alle besonderen Funktionen sind wieder Kommissionen einzusetzen. Wahrscheinlich wird sich auch die wichtige Frage des Wohnungsbaues nicht rein örtlich regeln lassen, sondern von dem Bezirksrat im Einvernehmen mit den Syndikalistern der verschiedenen Bauarbeiter gelöst werden müssen. Es ist überhaupt selbstverständlich, daß in vielen Gewerben und Berufen die Syndikate der Arbeiter nicht bloß nebeneinander mit anderen Ortssyndikaten verhandeln müssen, sondern auch übereinander mit den anderen Syndikaten desselben Berufes. Diese Föderationen der einzelnen Berufsgruppen sind ja auch schon vorher vorhanden, da der Aufbau unserer Gewerkschaften nach diesem System vorgenommen ist. Als Beispiel sei die Organisation der Freien Vereinigung der Bergarbeiter angeführt, die folgendermaßen ist:

Das gemeinsame Zusammenwirken der einzelnen Ortsvereine wird dadurch herbeigeführt, daß Bezirks-, Revier-, Landes- und Reichs- Vertrauensmänner -Körperschaften derart gebildet werden, daß die ersten Vorsitzenden der Ortsvereine bezirkweise zusammentreten. Die Obleute der einzelnen Bezirke treten revierweise, die Revierobmänner zur Landesarbeitsgemeinschaft zusammen. Die Obleute der Landesarbeitsgemeinschaften bilden die Reichsföderation.

Die Reichsföderation tritt mit den auf syndikalistischen Grundsätzen beruhenden Föderationen anderer Berufe in die Arbeitsgemeinschaft (Allgemeiner Arbeiterbund).

Zur Gliederung der Föderation wird folgende kurze Erläuterung gegeben: die Föderation baut sich auf dem wirtschaftlichen Rätssystem auf. Die ersten Vorsitzenden der Ortsvereine treten kreisweise zusammen. Die Kreisvereinigungen wählen einen Obmann. Diese Obmänner treten bezirkweise zusammen. Die Bezirksvereinigungen wählen aus sich heraus Obmänner. Diese Obmänner treten provinzweise zusammen. Die Provinzvereinigungen wählen ebenfalls aus sich heraus Obmänner. Diese Obmänner treten landesweise zusammen. Die Provinz-Vereinigungen bestimmen Obmänner, diese bilden die Reichsföderation. Die ersten Vorsitzenden der Ortsvereine treten mit den ersten Vorsitzenden der Vereinigungen anderer Berufe in die Arbeitsgemeinschaft. Die Obleute der Arbeitsgemeinschaften treten kreis-, bezirks-, provinz- und landesweise in die Arbeitsgemeinschaft. Die Obmänner der Landesarbeitsgemeinschaften bilden den Reichsarbeitsverband, dem eine Geschäftskommission beigegeben wird. Auf dieser organisierten Arbeit soll auch das Gesellschaftsleben aufgebaut werden.

Die Träger und Leiter der Organisationen sind die tätigen Genossen im Schacht, Hütte, Werkstatt usw. Nur sie allein haben beschließendes Recht. Alle Instanzen ergeben sich automatisch von unten. Indem der Ortsverein dem Landes- oder Reichsratsmitglied sein ihm bisher gewährtes Vertrauen entzieht, ist es seiner Stellung enthoben.

Die Arbeit soll der Fels sein, auf dem die Gesellschaft der Zukunft erbaut sein wird. So bilden unsere Gewerkschaften schon jetzt die Zellen der neuen freien kommunistischen Gesellschaft.

Auf diese Weise baut sich ein Rätssystem etagenweise von unten nach oben auf, ganz nach Bedarf, dessen Spitze zum Schluß der Wirtschaftsrat bildet. Dieser hat die Vorräte und den Bedarf für das ganze Wirtschaftsgebiet vorliegen und muß feststellen, in welcher Weise eine Verteilung erfolgen kann. Der Wirtschaftsrat muß auch die Beschaffungs- und Austauschstelle für notwendige Lebensmittel und Rohstoffe von Nachbarvölkern gegen überflüssige Fabrikate bilden.

Hiernach wird es klar, wie sehr sich das von uns angestrebte Rätssystem unterscheidet von allen anderen. Wir verstehen darunter nichts besonderes, neues, sondern schlechthin die Ordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Arbeiter selbst. Die Räte sollen durch kein Wahlreglement bestimmt, keinen gesetzlichen Schranken unterworfen und von keiner Regierung abhängig sein. Sie sind die produzierenden, verwaltenden, vertreibenden, regelnden und ausführenden Organe des Arbeitsvolkes. Sie regeln alle Angelegenheiten im Wege der gegenseitigen Vereinbarungen, ohne parlamentarischen Zwang, ihre Grundlage bilden und bleiben stets die Arbeiter in den Betrieben, d.h. die Gewerkschaften. Selbstverständlich können die einzelnen Kommissionen und Interessengruppen auf dem Weg der freien Vereinbarung in Meinungsaustausch mit den Kommissionen oder Gruppen anderer Bezirke, die gleiche oder ähnliche Aufgaben oder Ziele haben, treten, wie z.B. die Schulkommissionen; diese Zusammenkünfte hätten aber nur einen klärenden und wegweisenden Charakter; jeder Gruppe bleibt die Freiheit der Entwicklung vorbehalten.

Von unseren Gegnern wird oft angenommen, oder wenigstens behauptet, daß der Föderalismus die Gesellschaft zerklüften, atomisieren würde. Das ist eine Verkennung des Begriffs. Föderalismus heißt im Gegenteil »Bündnissucht«! Alle Gruppen sind in Gleichwertigkeit nebeneinander verbunden. – Als Beispiel muß man sich das Funktionieren von Einrichtungen wie den Weltpost-Verein vor Augen halten. Ohne eine darüberstehende Zentralinstanz vollzieht sich der Verkehr von Land zu Land in exakter und einfacher Weise durch gegenseitige Vereinbarungen.

Dagegen bedingt es gerade das System des Zentralismus, daß die einzelnen Gruppen sich wenig oder gar nicht umeinander kümmern, ja oft gegeneinander arbeiten, um ihre Sonderinteressen wahrzunehmen. Sie richten sich ja lediglich nach den Direktiven und Bestimmungen der Zentralstelle und haben kein zwingendes Interesse, auf die Nachbargruppen Rücksicht zu nehmen. Also der Zentralismus zerklüftet, der Föderalismus vereint die Gruppen!

Hieraus ergibt sich auch, daß wir Syndikalisten uns an keinerlei sogenannten Arbeiterräten, Betriebsräten, Kommunalen Räten innerhalb der Heutigen kapitalistischen Gesellschaft beteiligen können. Diese »Scheinräte« werden von Regierung und Kapitalismus gebildet, um mit Hilfe dieses neuen parlamentarischen Schwindels an Stelle des abgewirtschafteten alten die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzurichten. Sie sollen zwischen Unternehmertum und Staat einerseits und den Arbeitern andererseits verhandeln, das Bindeglied bilden. Und zwar sollen die Interessen der Arbeiter verhandelt werden. Da wir nicht verhandeln wollen, können wir auch an diesen Scheinräten nicht teilnehmen, weder aktiv noch passiv. Unsere Aufgabe ist es, mit allen Kräften für geistige Aufklärung zu sorgen, in allen Betrieben Vertrauensleute einzusetzen, Kommissionen zu bilden, die sich für die Aufgaben am Tage der sozialen Revolution vorbereiten.

Durch die praktische Wirtschaft wird in der neuen Gesellschaft der Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeiter ohne weiteres aufgehoben sein. Jedermann wird irgendwie, in der Industrie, in der Landwirtschaft oder in öffentlichen Anstalten tätig sein. Kunst und Wissenschaft werden nach und nach aufhören, Berufe zu sein, dem ganzen Volke stehen alle Bildungsmöglichkeiten offen. Es wird dem Dichter und Schriftsteller ein Vergnügen sein, seine Werke nunmehr selbst zu setzen, drucken,

einbinden zu helfen, womit er eine gesellschaftliche Tätigkeit verrichtet. Kann er doch dadurch erst richtig sein Werk harmonisch nach außen und innen gestalten. Ebenso werden die Forscher gern teilnehmen an der Konstruktion und an dem Bau der benötigten Ferngläser, Vergrößerungs- und Verkleinerungsgläser usw. Reflektanten von Luxus- und Vergnügungsgegenständen werden sich ebenfalls zusammenschließen und einen Teil ihrer freien Zeit zur Fabrikation der gewünschten Artikel benutzen. Die Arbeit selbst wird in schönen Räumen, unter Benutzung aller technischen Fortschritte und Bequemlichkeiten vor sich gehen, und daher jedermann Freude bereiten.

Wie später nachgewiesen wird, genügt es, wenn alle Arbeitsfähigen vielleicht vier bis fünf Stunden pro Tag gesellschaftlich produktiv tätig sind; wenn man berücksichtigt, wieviel Menschen heute faulenzten, nutzlose, überflüssige oder gar eine zerstörende Tätigkeit ausüben (z.B. alle Geistlichen, Militärs, fast alle Beamten und Kaufleute), so kommt man ohne weiteres zu dieser kurzen Arbeitszeit. Aber es läßt sich noch viel mehr sparen, wenn man von dem überspannten kapitalistischen System der Arbeitsteilung auf jeden Fall abgeht, wodurch alle Waren in ungeheurer Weise verteuert werden. Bei dieser kurzen Arbeitszeit muß dann jeder Mensch noch einige Stunden pro Tag aufwenden für Erledigung der im öffentlichen Interesse notwendigen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten, politisch nicht im heutigen Sinne von Parteipolitik, sondern im wahren Sinne des Wortes »politica«, d.h. öffentliches Wohl! Er behält dann immer noch Zeit genug übrig für seine persönlichen Passionen.

Ebenso wie der Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern muß aber auch der noch größere zwischen Land- und Stadtbevölkerung beseitigt werden. Es ist dies notwendig, um auch die Landbevölkerung geistig zu heben, denn die einseitige Betätigung auf der Scholle wirkt im konservativen Sinne. Ferner ist dies nötig, um vor allem die Produktivität in der Landwirtschaft zu steigern. Durch den Weltkrieg sind so schlechte Verkehrs- und Tauschverhältnisse hervorgerufen worden, daß wir uns nicht darauf verlassen dürfen, die notwendigen Lebensmittel aus anderen Ländern bezahlen zu können. Wir haben so gut wie keine Tauschwerte mehr und auch keine Aussicht, solche schaffen zu können, weil die Entente-Räuber alle erreichbaren Überschüsse nehmen werden.

Der Bezug von anderen Ländern ist auch viel zu unproduktiv und wird von der kapitalistischen Gesellschaft nur deshalb als das Allheilmittel gepredigt, weil auf diesem komplizierten Wege sich hundertmal Profit herauschinden läßt.

Es ist klar, daß es sehr teuer wird, Getreide aus dem Innern Argentinien auf der Eisenbahn an die Küste, dort auf ein Schiff umzuladen, dann wochenlang über das Weltmeer nach einem heimischen Hafen und nach wiederholtem Umladen endlich per Eisenbahn nach hier zu bringen. In der gleichen Weise verteuern sich auch die Industriefabrikate, die von hier nach dort geschickt werden. In der sozialistischen Wirtschaft wird uns unsere Arbeitskraft hierfür zu kostbar sein, wir werden dies vermeiden, wenn es geht; und es geht! Wie Kropotkin in seinem Werke »Landwirtschaft, Industrie und Handwerk«<sup>11</sup> nachweist, wäre selbst England mit eigenem Grund und Boden in der Lage, die doppelte Zahl der heutigen Bevölkerung zu ernähren, sofern in moderner Weise, unter Anwendung der technischen Hilfsmittel und der wissenschaftlichen Erfahrungen, gearbeitet würde. Um die Inlandsproduktion an Lebensmitteln schnellstens zu heben, müssen wir sofort landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in genügender Menge den Landbauern zur Verfügung stellen, überall die genossenschaftliche Bewirtschaftung einzuführen suchen und dann vor allen Dingen die etwas rückständige Landbevöl-

---

<sup>11</sup> Peter Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk oder Die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft, von geistiger und körperlicher Arbeit. Berlin 1921 (»Der Syndikalist«, Fritz Kater) – erweiterter Reprint mit einem Vor- und Nachwort von Colin Ward, Berlin/W 1976 (Karin Kramer)

kerung vermischen mit den technisch gebildeten Erwerbslosen aus den Städten. Unter Anleitung von Gärtnern und Männern der Wissenschaft werden diese dann auf genossenschaftlicher Basis das Land bebauen, mit ganz anderem Erfolg wie heute. Die Erfahrung lehrt uns, daß es ja nicht schwer ist, unter bestimmten Voraussetzungen das Doppelte, ja Dreifache und Vierfache zu ernten wie bisher.

So erzielte ein Pariser Gärtner auf einer Bodenfläche von 110 x 110 Meter in einem Jahr: 10.000 kg Karotten, 10.000 kg Zwiebeln, 6000 Köpfe Kohl, 3000 Köpfe Blumenkohl, 5000 Körbe Tomaten, 5000 Dutzend Früchte, 154.000 Köpfe Salat, insgesamt 125.000 kg erstklassiges Gemüse<sup>12</sup>. Bei dieser Art Bewirtschaftung würden schon die Berliner Rieselfelder ungefähr genügen, ganz Berlin zu ernähren. Bei dieser wissenschaftlichen Bewirtschaftung des Bodens wird der Ertrag unabhängig von Klima und Feuchtigkeit. Verhungern brauchen wir also niemals; bis wir soweit sind, können wir sehr wohl von Rußland im Tauschverkehr genügend Lebensmittel erhalten.

Nun einige Zahlen aus dem Werk Kropotkins: Die Eroberung des Brotes (Wohlstand für alle)<sup>13</sup>:

In Amerika wird bei extensiver Kultur von 100 Menschen in einigen Monaten soviel Getreide geschafft, daß 10.000 Menschen davon ein ganzes Jahr leben können, 100 Menschen fabrizieren heute in einem Jahre soviel Stoffe, daß sich 10.000 Menschen zwei Jahre damit kleiden können, 100 Menschen fördern in einem Jahr soviel Heizmaterial, wie zur Erwärmung für 10.000 Familien-Wohnungen selbst bei kältester Zeit ein Jahr lang ausreicht.

Nach dem Bodenertrag berechnet muß der Mensch 30 Stunden arbeiten, um genügend Brot für 1 Jahr, 30 Stunden, um Fleisch, Gemüse und alle Luxusfrüchte für 1 Jahr, 50 Stunden um Bekleidung für 1 Jahr, 160 Stunden, um eine menschenwürdige Behausung für seine Familie zu haben. Aus letzterer Zahl ersieht man deutlich, wie hohe Tribute wir dem privilegierten Ausbeutertum entrichten müssen, mußte doch vor dem Kriege jeder Arbeiter ungefähr 75 – 100 Tagelöhne für seine menschenunwürdige Wohngelegenheit aufwenden. Die Differenz zwischen 160 Stunden und 100 Tagen bedeutet den Raub der Kapitalistenklasse an unserer Arbeit, bloß für die Wohngelegenheit.

Für eine fünfköpfige Familie würde das pro Jahr bedeuten: 60 halbe Tage a 5 Stunden für alle landwirtschaftlichen Produkte, 40 halbe Tage a 5 Stunden für Behausung, 50 halbe Tage a 5 Stunden für Bekleidung. Somit bleibt ein halbes Jahr übrig für freie Betätigung und für Beteiligung an den gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Es muß aber auch das Bestreben der sozialistischen Gesellschaft sein, die starre Arbeitsteilung des kapitalistischen Systems nach Möglichkeit aufzuheben, weil durch diese die Menschen dazu verurteilt werden, ganz mechanisch einseitige Teilarbeit zu verrichten, wodurch der Mensch intellektuell leidet, indem er zum Teil einer Maschine herabgewürdigt wird. Gleichzeitig muß das ungesunde Wohnen in den Großstädten abgebaut werden. Diese werden lediglich als Sammelpunkte für großindustrielle Tätigkeit, für geselligen und gesellschaftlichen Verkehr bestehen bleiben. Soweit wie möglich wird man deshalb die industrielle Produktion ebenfalls auf das ganze Land verteilen, um der ganzen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, neben der landwirtschaftlichen Betätigung auch handwerklich oder industriell tätig zu sein. Wenngleich ein großer Teil der industriellen Fabrikation und Produktion nur in Großbetrieben erfolgen kann (wie Bergbau, Hüttenwesen, elektrische Kraftwerke, Gaswerke usw.), so bleiben doch noch genügend viele Betriebsarten übrig, die über das Land dezentralisiert werden können und dabei sogar produktiver arbeiten, so z. B. Webereien, Spinnereien, Zuckerfabriken, Brennereien und tausend andere. Diese Kleinfabriken werden möglichst in der Nähe der Rohmaterialgewinnung eingerichtet, die bequeme elektrische Kraftübertragung in der heutigen Zeit und die

---

<sup>12</sup> Kropotkin, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, S. 21 [Anm. von F. Barwich]

<sup>13</sup> Peter Kropotkin, Die Eroberung des Brotes. Wohlstand für alle, Bern 1989 (Anares) – die erste Auflage erschien 1892.

Nutzbarmachung des Kleinmotors ermöglichen ein modernes Arbeiten, an jeder Stelle. Die umliegenden Bewohner können diejenige Zeit, wo landwirtschaftliche Arbeit unmöglich ist, für industrielle Betätigung ausnützen, die Verbrauchsstellen können ihren Bedarf aus nächster Nähe eindecken.

Auf diese Weise ist es möglich, landwirtschaftliche und industrielle Tätigkeit zu verbinden, jede Klassenscheidung unmöglich zu machen, die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren, gesunde Wohnungen und Fabrikationsstätten zu haben und Körper und Geist stets gleichmäßig zu betätigen. Nur dadurch wird jedes Individuum zur Vielseitigkeit und damit zur höchsten Intelligenz entwickelt werden können. Das Ziel des Sozialismus muß sein, daß jedes Individuum in den Besitz aller wissenschaftlichen Kenntnisse und handwerksmäßigen Fertigkeiten gelangt, daß jeder Mensch gleichzeitig Feldarbeiter und Techniker ist, daß jede Gruppe möglichst für eigenen Bedarf arbeitet, daß jedes Volk sein eigener Landwirt und Fabrikant wird.

Viele werden sagen, daß unsere Ideen märchenhaft klingen, aber das scheint nur so. Wenn wir uns die Naturgeschichte ansehen, finden wir überall den Kommunismus der gegenseitigen freien Vereinbarung, mit dem freien Genußrecht und der Bedarfswirtschaft. So bei den Bienen, Ameisen und Termiten, bei den sogenannten »Wilden«, Eskimos, Indianern usw. Dort kennt man keinen Eigentumsbegriff, es findet kein Maßstab statt bei Zuteilung der Lebensbedürfnisse nach geleisteter Arbeit. Alle Mitglieder nehmen freiwillig teil an den Arbeiten der Gemeinschaft. Es liegt auch gar kein Anlaß zu der Befürchtung vor, daß jemand sich auf Kosten der anderen zuviel Nahrungsmittel, Bekleidungsgegenstände oder dergl. verschaffen würde, denn wenn genügend da ist, nimmt kein Vernünftiger mehr, wie er gebrauchen kann. Wir sehen das am besten am Wasser, dessen Verbrauch heute unbeschränkt ist, weil genug da ist. Und doch genügt in Notzeiten, bei Dürre oder Anlagedefekten usw. ein Appell an die Allgemeinheit, um den Konsum genügend einzuschränken.

So wird es in der freien kommunistischen Gesellschaft in jeder Beziehung sein. Ein Aufruf, die oder die Tätigkeit für das Allgemeinwohl, herbeizuführen, wird genügen, um den Zweck zu erreichen. Schon heute können wir an tausenden von Erscheinungen sehen, daß letzten Endes das Allgemeinwohl, welches ja am besten das eigene Wohl gewährleistet, für die Handlungen der meisten Menschen maßgebend ist. Kropotkin hat in seinem grundlegenden Werke »Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt«<sup>14</sup> nachgewiesen, daß die Solidarität, die gegenseitige Hilfe der Triebfaktor der Höherentwicklung ist, und daß diese Solidarität tief in der menschlichen Natur begründet ist.

Nur so ist es auch zu erklären, daß selbst in der heutigen schlechten Gesellschaftsordnung jeder Appell an die Allgemeininteressen, mag noch so großer Schwindel dahinterstecken, Erfolg hat. Wir brauchen nur an die großartigen Gründungen auf der Grundlage der freien Betätigung im Interesse des Allgemeinwohls zu denken, wie Rotes Kreuz, Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger u.a., wo kein materieller Gewinn für die direkt Beteiligten in Aussicht steht. Ja, wenn wir gesehen und erlebt haben, wie in dem Weltkrieg Millionen für ein angebliches, aber unwahres Allgemeinwohl ihr Leben aufs Spiel setzten, so haben wir die Gewißheit, daß in der neuen sozialistischen Gesellschaft der Freiheit und des Wohlstandes für Alle jedermann freiwillig die kleinen Opfer für das Allgemeinwohl bringen wird. In der Übergangszeit ist schon an sich ein gelinder Zwang vorhanden, weil wegen der Knappheit die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände rationiert sind; wer nun in dieser Zeit des Mangels Sabotage treibt, wird keine oder weniger Waren zugeteilt erhalten; dieser gelinde Zwang genügt vollkommen. Ebenso wird man die Lebensmittelschieber am besten durch Wegnahme der Vorräte und Setzen auf halbe oder Viertelrationen strafen. Später, wenn alles in genügender Menge vorhan-

---

<sup>14</sup> Peter Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Frankfurt/M – Berlin/W – Wien 1975 (Ullstein) – die erste deutsche Ausgabe erschien Leipzig 1908.

den ist, und wenn Schule, Presse und Öffentlichkeit die Menschen mit der freien Gesellschaft vertraut gemacht haben, wenn das Geld als Bereicherungsmittel verschwunden sein wird, und damit die Ursache der meisten schlechten Handlungen und Verbrechen, wird kein Zwang mehr notwendig sein. Wenn erst mal das öffentliche Leben, vor allem die Presse von der Lüge und Aftermoral der kapitalistischen Wirtschaftsweise befreit sein wird, und wenn eine freie Schule nur kurze Zeit wirkt, wird eine völlig andere Moral Platz greifen. Auch die Befürchtung, es würde viele Faule geben, die die Fleißigen benachteiligen, ist unbegründet. Der Arbeitstrieb ist tief in der menschlichen Natur begründet. Man kann dies an dem Spiel der Kinder sehen, ebenso an der Tatsache, daß fast alle Menschen nach Beendigung ihrer Fron in der kapitalistischen Ausbeutung zu Hause mit Lust und Liebe für sich weiter tätig sind, sei es, daß sie Hausarbeiten verrichten, schnitzen, bauen, malen, musizieren oder gute Bücher lesen. Die größte Strafe in Gefängnissen und Zuchthäusern ist die »Arbeitsentziehung«!

Nur die jetzige, schmutzige, ungesunde, zu lange, erzwungene Arbeit im Interesse von anderen Nichtstuern verkümmert den natürlichen Arbeitstrieb des Menschen und erzeugt die Faulheit. Mit der Befreiung der Arbeit wird auch diese soziale Krankheit des kapitalistischen Systems verschwinden und mit ihr die daraus hervorgehenden Schäden und Verbrechen.

Das Geld wird in der Übergangszeit als Tauschmittel, aber entkleidet seiner Eigenschaften als Bereicherungsmittel, beibehalten werden müssen. Wann und wie später die völlige Aufhebung des Geldes erfolgt, muß die Entwicklung lehren.

Nach den Grundsätzen des Syndikalismus könnten die verschiedensten Wirtschaftssysteme nebeneinander bestehen, es würde sich dann bald herausstellen, welches als bestes siegreich bliebe. In Bayern wurde von Landauer<sup>15</sup> und Neurath<sup>16</sup> dies auch angestrebt.

So erweist sich der Syndikalismus als einfach und natürlich in seinem Aufbau. Er ist tolerant gegenüber anderen sozialistischen Ideen, er garantiert eine wirkliche Klassenlosigkeit, eine dauernde Eigentumslosigkeit und Herrschaftslosigkeit, während der Staatssozialismus die Lohnarbeit und ein Staatsrentensystem aufrecht erhalten müßte, ebenso uns unter die Beherrschung durch eine Beamtenhierarchie zwingen würde. Die Staatskommunisten sind sich im Ziel einig mit Regierungs-Sozialisten<sup>17</sup> und Unabhängigen<sup>18</sup>. Sie unterscheiden sich nur im Weg und im Tempo, wie man aus der Presse und Literatur, ebenso bei Diskussionen feststellen kann. Auch die Broschüre von Julian Borchardt: »Der kommunistische Aufbau«<sup>19</sup> beweist dies klar.

Wir unterscheiden uns auch im Weg von allen Parteien und den Zentralverbänden indem wir prinzipiell den Weg des Verhandelns ablehnen und auch nicht daran glauben, daß man die Arbeiterräte innerhalb der jetzigen kapitalistischen Wirtschaft nach und nach vorwärts entwickeln könne, bis sie dann schließlich im Einvernehmen mit Regierung und Unternehmertum den Sozialismus durchführen. Weil wir das nicht glauben, müssen wir es ablehnen, an den »Räte-Institutionen im Sinne der Regierung und Nationalversammlung« teilzunehmen, während auch die Kommunistische Partei wie-

---

<sup>15</sup> Gustav Landauer (1870 – 1919), wichtiger Theoretiker und Aktivist des Anarchismus in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg; in der Münchner Räterepublik von 1919 war er Beauftragter für Volksaufklärung; er wurde am 2. Mai 1919 von Freikorps-Söldnern in München-Stadelheim ermordet.

<sup>16</sup> Otto Neurath (1882 – 1945), österreichischer Philosoph und Ökonom; in der Münchner Räterepublik von 1919 war er Präsident des Zentralwirtschaftsamtes.

<sup>17</sup> gemeint ist die MSPD.

<sup>18</sup> gemeint ist die USPD.

<sup>19</sup> Julian Borchardt, Der kommunistische Aufbau, Berlin 1919 (Lichtstrahlen). Julian Borchardt, (1868 – 1932), 1911 – 1913 Abgeordneter des Preußischen Landtages für die SPD, seit 1913 Herausgeber der Zeitschrift »Lichtstrahlen« (Berlin 1913 – 1921); 1914 Kriegsgegner; zusammen mit den Bremer Linksradikalen 1915 Mitbegründer der Internationalen Sozialisten Deutschlands (ISD). Seit Dezember 1918 parteiloser Sozialist.

derum den Irrweg dieses Schein-Rätesystems geht. Für uns gibt es nach wie vor nur einen Weg: Die Anwendung der wirtschaftlichen Machtmittel, die direkte Aktion! Und mit Erstaunen und mit Freude sehen wir, daß der Glaube an den Sieg der roten Aktion alle Geister ergreifen, daß der Glaube an den Sieg der rohen Gewalt schwindet; einzeln und in Gruppen stoßen die intelligenteren Arbeiter zu uns. Das gibt uns die Gewißheit, daß sich die Arbeiterschaft nicht mit einer Gesellschaftsform abspesen lassen wird, die unter dem Namen des Sozialismus eine etwas geänderte Form der Ausbeutung aufrecht hält, sondern daß das Proletariat sich schließlich restlos auf den Boden des Syndikalismus stellen und nicht eher ruhen wird, bis es den wahren Sozialismus durchgeführt hat, der in der Garantierung der geistigen Freiheit und des materiellen Wohlstandes seinen Ausdruck findet. Wir brauchen auch nicht zu befürchten, daß der Weg zu unserem Ziel so lang sein könnte, daß wir dasselbe nicht mehr erreichen. Mit Riesenschritten rast das Ungeheuer Kapitalismus seinem Untergang entgegen. Immer klarer wird das Bild der Gegenwart und immer leichter das Erkennen der Notwendigkeiten für das Proletariat. Wir dürfen uns durch all die tausend kleinlichen Tagesgeschehnisse nicht wankend machen lassen an dem Glauben an unsere einfache, reine und schöne Zukunft. Es ist nicht notwendig, die gesamte Arbeiterschaft in unseren Organisationen zu haben, es genügt, eine überzeugte und charakterstarke Minorität als Hirn und Kern der Bewegung zusammenzufassen. Wenn dann unsere Ziele klar und unsere Ideen gut und schön sind, dann werden uns die Massen folgen. Wir müssen aber einen größeren Teil der intelligenten Arbeiterschaft in Stadt und Land zu revolutionären Gewerkschaften auf unserem Boden organisieren. Und das muß uns schnell gelingen! Es gilt für uns alle, uns völlig frei zu machen und von allen alten Anschauungen und Vorurteilen, mit Kühnheit und heiliger Begeisterung den Sozialismus zu wollen. Und aus dem vereinten Wollen entspringt die Tat! Der Sozialismus ist Geist und der Syndikalismus ist die Tat. Nur selbstloses Beispiel und edles Tun können uns retten, vor dem Untergang und hinaufführen zu den Höhen einer reinen und glücklichen Zukunft!

Beherzigen wir die Worte Mackays in seinem »Sturm«:

*Was zögert Ihr, ich will Euch alles geben,  
Glück und Gerechtigkeit, Frieden und Leben!  
Nur wollt! Ruft mich und morgen bin ich da.  
Was habt Ihr zu verlieren? Ich bin nah  
Und stehe wartend schon! Seid Ihr bewehrt?  
Ist Euer Herz gestählt? Gezückt das Schwert?  
Tod oder Leben gilt es zu gewinnen,  
Was laßt Ihr nutzlos Tag auf Tag verrinnen?  
Tot ist das Leben, das bis jetzt Euch brach,  
Und Leben ist das Glück, das ich versprach!  
Doch eh'Ihr nicht die fluchbeladene Welt,  
Die Euch betrog, bis auf den Grund gefällt,  
Kann ich nicht kommen.  
Hört Ihr, wie sie tollt?  
Indessen Ihr verschmachtet!  
Auf und wollt!*

Franz Barwich

Anarchistische Bibliothek  
Anticopyright



Franz Barwich  
Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus  
1922

Entnommen am 9.10.2015 von [www.anarchismus.at](http://www.anarchismus.at)

Franz Barwich, *Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus*, Berlin 1922 (Verlag Der Syndikalist);  
der hier wiedergegebene Text orientiert sich an dem Neudruck des MaD-Verlags (jetzt Edition  
Nautilus), Hamburg 1973. Er erschien auch in F. Barwich/ E. Gerlach/ A. Lehning/ R. Rocker/ H.  
Rüdiger, *Arbeiterselbstverwaltung – Räte – Syndikalismus*, Berlin/W 1973 (Karin Kramer). Im  
Unterschied zur Vorlage werden Organisationsnamen und wörtliche Zitate kursiv, Eigennamen mit  
Kapitälchen und Zeitungs- und Buchtitel fett ausgezeichnet. Sämtliche Fußnoten bis auf eine  
stammen vom Bearbeiter. Offensichtliche Druckfehler wurden stillschweigend korrigiert.

[anarchistischebibliothek.org](http://anarchistischebibliothek.org)